

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Wie sieht die deutsche Industrie ihre Konjunkturlage? Wichtige Branchen nehmen Stellung zu ihrer Geschäftsentwicklung

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1955) : Wie sieht die deutsche Industrie ihre Konjunkturlage? Wichtige Branchen nehmen Stellung zu ihrer Geschäftsentwicklung, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 35, Iss. 7, pp. 369-375

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/132110>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Wie sieht die deutsche Industrie ihre Konjunkturlage?

Wichtige Branchen nehmen Stellung zu ihrer Geschäftsentwicklung

MASCHINENBAU: Arbeitermangel bedingt Investitionen

Die starke wirtschaftliche Expansion in der Bundesrepublik wurde bisher vor allem von der Eingliederung zusätzlicher Arbeitskräfte in den Produktionsprozeß und weniger von der Steigerung der Produktivität getragen. So haben die Beschäftigtenzahlen in der Industrie seit 1950 um mehr als ein Drittel und das Produktionsergebnis je geleistete Arbeiterstunde um ein Viertel zugenommen. Je mehr sich die wirtschaftliche Lage der Vollbeschäftigung nähert, desto geringer werden naturgemäß die Möglichkeiten, das Sozialprodukt durch Eingliederung neuer Arbeitskräfte zu erhöhen. Sicher ist das theoretisch vorhandene Arbeitspotential insgesamt gesehen noch nicht voll ausgeschöpft. Arbeitslosenbestand und vermehrte Frauenarbeit mögen auch in der jetzigen Konjunkturphase noch gewisse Reserven darstellen. Aber man sollte sich über das quantitative Ausmaß solcher Rückgriffmöglichkeiten keinen Illusionen hingeben. Es pfeifen inzwischen die Spatzen von den Dächern, daß die statistisch ausgewiesene Arbeitslosigkeit in keiner Weise identisch ist mit den noch wirklich einsatzfähigen Arbeitslosen. Der Anteil der weiblichen Berufstätigkeit ist zwar in der Bundesrepublik noch verhältnismäßig gering, aber man darf nicht übersehen, daß gerade die relativ hohen Arbeitseinkommen das Mitverdiene der verheirateten Frau nicht zu einer wirtschaftlichen Notwendigkeit werden lassen.

Tatsache ist jedenfalls, daß sich seit Mitte vorigen Jahres in mehreren Sparten der Industrie ein Fach-

arbeiter- und Ingenieurmangel bemerkbar macht und es neuerdings auch schwieriger wird, den Bedarf an angelernten und Hilfsarbeitern zu decken. Nimmt man hinzu, daß durch die Wiederaufrüstung mit einem erheblichen Kräfteentzug zu rechnen ist und auf der anderen Seite die Zahl der Schulentlassenen in den nächsten Jahren absinken wird, dann wird es klar, daß die weitere wirtschaftliche Expansion nicht mehr zum überwiegenden Teil durch die Vermehrung der Arbeitsplätze getragen werden kann. Soll bei dieser Sachlage der einmal erreichte Lebensstandard trotz Wiederbewaffnung zumindest behauptet werden, dann ist das nur möglich durch Steigerung der Arbeitsergiebigkeit, die in einem zu Buche schlagenden Ausmaß nur zu erreichen sein wird durch Modernisierung und Rationalisierung des technischen Produktionsapparates. Die Investitionstätigkeit muß daher weiter forciert werden.

Damit sind die Aufgaben vorgezeichnet, die dem Maschinenbau in der gegenwärtigen Situation gestellt sind. Sie haben bereits ihren Niederschlag in wachsenden Auftragsbeständen der Investitionsgüterindustrie im allgemeinen und speziell des Maschinenbaus gefunden. Neben der Lage auf dem Eisen- und Stahlmarkt war es gerade der ungewöhnlich hohe Auftragszugang des Maschinenbaus in den letzten Monaten des Jahres 1954, der manche hauptberuflichen Wirtschaftsmeteorologen von einer „Überhitzung des konjunkturellen Klimas“ schreiben ließ und der zur Anpreisung von Rezepten zur

„Dämpfung der Hausse“ führte. Lag doch der Auftragszugang im Maschinenbau im Dezember 1954 um 115 % über dem Produktionsausstoß, obwohl dieser damals gerade einen Nachkriegsrekord erreichte. Inzwischen hat sich gezeigt, daß die von der Industrie und ihren Verbänden gegen die These einer übersteigerten Konjunktur vorgebrachten Argumente stichhaltig waren. Mit Recht war darauf hingewiesen worden, daß die Auftragsspitze im Maschinenbau auf einmalige Sondereinflüsse — Steuerreform und Ausdehnung der erleichternden Abschreibungsmöglichkeiten gemäß § 36 Investitionshilfegesetz auf die bis Ende 1954 fest bestellten Anlagegüter — zurückzuführen sei. Gewiß zeigen die bisher vorliegenden statistischen Ergebnisse, daß auch in den ersten Monaten des Jahres 1955 der Neuzugang an Aufträgen den Ausstoß überstieg, so daß die Auftragsbestände weiter zugenommen haben. Aber hier sprechen die nüchternen Zahlen eine beredete Sprache: der Auftragszugang überstieg im Maschinenbau den jeweiligen Umsatz: im 4. Quartal 1954 um 42 %, im 1. Quartal 1955 um 29 %, im April 1955 um 20 % und im Mai um 10 %. Diese Entspannung wurde ganz überwiegend durch ein Nachlassen des Auftragszugangs, z. T. freilich auch durch den Anstieg der Umsatzkurve erzielt. Dabei vollzieht sich dieser Ausgleich auf einem erheblich höheren Niveau. Der Auftragszugang lag in der Zeit von Januar bis Mai 1955 um 18 %, der Umsatz um 23 % über den entsprechenden Ergebnissen der Vergleichszeit des Vorjahres. Für die sich hier bereits abzeichnende Entspannung spricht

Alle in der Abteilung „Zeitgespräch“ veröffentlichten Beiträge sind freie Meinungsäußerungen von Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Politik und von in- und ausländischen Mitarbeitern. Sie enthalten keine Stellungnahme der Redaktion und sind keine offiziellen Äußerungen der herausgebenden Institutionen.

auch der Umstand, daß trotz der starken Nachfrage die Maschinenpreise bisher nicht stärker angezogen haben, als es die eingetretenen Materialpreiserhöhungen bedingten. Von November 1954 bis Mai 1955 ist der vom Statistischen Bundesamt ermittelte Maschinenpreisindex um weniger als 1 % gestiegen.

Wenn auch die in den letzten Jahren erzielten Exportüberschüsse eine beruhigende Devisenreserve geschaffen haben, die zur Überwindung temporärer Engpässe nutzbringend verwandt werden kann, so darf man sich doch keiner Täuschung darüber hingeben, daß der Ausgleich der Devisenbilanz — strukturell bedingt — stets ein zentrales Anliegen der deutschen Wirtschaftspolitik sein wird. Es wäre eine verhängnisvolle Entwicklung, wenn die gute Inlandsconjunktur zu einem Nachlassen der Exportbemühungen führen würde. Der Maschinenbau ist mit einem Anteil von einem Fünftel an der Gesamtwarenausfuhr die bedeutendste Exportindustrie der Bundesrepublik, und die Entwicklung des Maschinenexports stellt daher ein Anliegen von gesamtwirtschaftlicher Bedeutung dar. Bisher hat die Investitionsconjunktur in Westdeutschland nicht zu einem Rückgang der Maschinenausfuhr geführt. Die Exporte lagen im Maschinenbau vielmehr in der Zeit von Januar bis April 1955 wertmäßig um 9 % über denen der Vergleichszeit 1954. Trotzdem muß die weitere Entwicklung des Investitionsgüterexports, der die Hauptstütze unserer Gesamtausfuhr bildet, mit Aufmerksamkeit verfolgt werden.

Das Ifo-Institut spricht in seinem jüngsten Lagebericht von einem „Investitionsboom“. Bewußt oder unbewußt werden damit die Zyklen-Vorstellungen der Konjunkturtheorie ausgesprochen. Gewiß, man ist leicht geneigt, sich die Zukunft einfach als eine linear verlängerte Gegenwart vorzustellen. Und sicher werden auch die Bäume der heutigen Conjunktur nicht in den Himmel wachsen. Aber es fällt schwer, an einen konjunkturellen Umbruch in übersehbarer Zeit zu glauben, da alle objektiv erkennbaren Merkmale eher für einen weiteren Auf-

schwung im Investitionsgüterbereich — wenn auch mit allmählich geringer werdenden Zuwachsraten — sprechen. Ganz zu schweigen von der „Zweiten industriellen Revolution“, der „Automation“, die ihrem Wesen nach zwar längst

begonnen hat, aber offenbar erst jetzt von den Nationalökonomern wahrgenommen wird und die im Zeitalter der Gegen-Kolonisation vielleicht auch auf uns schneller zukommen mag, als wir es uns heute vorstellen können. (De.)

CHEMISCHE INDUSTRIE:

Rascher Aufschwung — aber keine Sonderconjunktur

Auf den ersten Blick erscheinen die absoluten Erfolgszahlen der vielgestaltigen westdeutschen Chemiewirtschaft für das Jahr 1954 und für die ersten Monate dieses Jahres recht eindrucksvoll. Sie besagen, daß der Jahresumsatz von 10,9 Mrd. DM (1953) auf 12,34 Mrd. DM, d. h. um rund 13 % gestiegen ist. Der Umsatz der gesamten Industrie im Bundesgebiet hat sich im gleichen Zeitraum um rund 11 % auf 140,9 Mrd. DM vergrößert. Auch im Vergleich zum Ausfuhrergebnis der Gesamtwirtschaft, das mit 22,05 Mrd. DM um 19 % höher war als 1953, hat der Chemieexport ein besseres Ergebnis gezeitigt. Die Steigerung gegenüber dem vorhergehenden Jahr von 2,32 Mrd. auf 2,98 Mrd. DM (1954) entspricht einem Zuwachs von rund 28 %.

Diese Entwicklung scheint nur auf den ersten Blick recht günstig, denn im Rahmen des Chemiewelt-handels hat die Bundesrepublik mit einem Anteil von etwa 12 % erst die Hälfte ihres Vorkriegsvolumens erreicht. Dagegen hat das größte Chemieerzeugerland, nämlich die USA, den Welthandelsanteil von 15 auf 28 % erhöht, und auch andere Länder, so England und die Schweiz, konnten ihre Position erheblich verbessern.

Noch deutlicher hebt sich die derzeitige Position der westdeutschen Chemie im internationalen Vergleich heraus, wenn man die Größenordnung der führenden Produktionsländer in der Welt im Jahre 1954 betrachtet. Dann steht Westdeutschland mit 6,2 % an vierter Stelle (gegen etwa 22 % 1938), während die USA mit 44 %, die Sowjetunion mit 14 % und Großbritannien mit 7,3 % beteiligt sind.

Die Chemiewirtschaft hat in allen Ländern als eine der modernsten und schöpferischsten Industrien eine schnellere und im Produktions-

volumen stärkere Entwicklung aufzuweisen als andere Wirtschaftszweige. Unter Berücksichtigung der jahrelangen einengenden Bedingungen, die die chemische Industrie in Westdeutschland behinderten, der nur sehr langsam zu überwindenden Knappheit an Investitionsmitteln und des erst jetzt zum Abschluß kommenden Nachholbedarfs ist die im Verhältnis zu anderen Industrien etwas rascher verlaufene Konjunkturentwicklung eher als ein Normalisierungsprozeß denn als ein besonderes Aktivum anzusprechen. Anzeichen einer Sonderconjunktur sind nicht vorhanden, denn die Chemie ist sowohl als Lieferant wie als Abnehmer eng verbunden mit dem Konjunkturspiegel der Gesamtwirtschaft. Somit ist ihr konjunkturelles Auf und Ab immer stark von den Einflüssen ihrer verschiedenen Vorprodukte- und Absatzmärkte abhängig.

Wenn sich die Aufwärtsbewegung im Chemiebereich auch in den ersten Monaten dieses Jahres fortgesetzt hat, so liegt dies in dem üblichen Rahmen eines normalen Wachstumsprozesses. Wie in den meisten Wirtschaftsbereichen hat sich aus saisonalen Gründen der Baumarkt als ein belebendes Element bemerkbar gemacht. Annähernd 10 % des gesamten Chemieumsatzes mit mehr als einer Milliarde DM entfallen auf direkte Lieferungen an die Bauwirtschaft. Sie werden im wesentlichen bestritten von Dachpappe, Linoleum, Feltbase, Bauten- und Holzschutzmitteln sowie von beachtlichen Teilen der Kunststoff-, Lack- und Leimindustrie. In diesen Zahlen sind die bedeutenden mittelbaren Lieferungen über dazwischengeschaltete andere Wirtschaftszweige nicht enthalten.

Ebenso hat die gesteigerte Investitionstätigkeit in anderen Industrien eine erhöhte Nachfrage nach

Chemieerzeugnissen, wenn auch mit gewissen Unterschieden, hervorgerufen. Für viele anorganische Industriechemikalien, aber auch für eine Reihe von organischen Produkten sind die Kapazitäten voll ausgelastet. Wie aus den Geschäftsberichten der führenden Chemiebetriebe hervorgeht, die gut ein Drittel der Gesamtproduktion herausbringen, werden im laufenden Jahr erhebliche Kapazitätserweiterungen eingesetzt, um mit der Nachfrage Schritt zu halten.

Besonders bemerkenswert ist die Produktionsausweitung im Bereich der Kunststoff erzeugenden Industrie. Die Zuwachsrate gegenüber 1953 beträgt etwa 30 %. Der Ausbau der Kapazitäten erstreckte sich insbesondere auf Polyvinylchlorid. Auch bei den Polymerisationsprodukten wie z. B. Polystyrol und Polymethacrylaten dürften die inzwischen vorgenommenen Ausbauten zu einer wesentlichen Marktentlastung beitragen. Große Erwartungen werden auch an die durch Ausbau bzw. Neubau von Kapazitäten gesteigerte Erzeugung der vollsynthetischen Fasern geknüpft. Westdeutschland steht mit der derzeitigen Produktion in Europa an zweiter Stelle hinter England.

Die Produktionsentwicklung der Chemie im Vergleich zur Gesamtindustrie für die ersten fünf Monate des Jahres 1955 läßt sich an der nachstehenden Tabelle deutlich machen. Es zeigt sich, daß die monatliche Zuwachsrate zwar laufend größer geworden ist, in beiden Fällen aber parallel verläuft.

Produktionsentwicklung 1955

(Index 1938 = 100)

Monat	Chemie	Gesamtindustrie
Januar	185,6	150,1
Februar	187,2	152,8
März	189,5	157,9
April	194,4	165,2
Mai	202,4	172,2

Der Eindruck einer normalen Entwicklung wird außerdem noch durch den Verlauf des Erzeugerpreisindex

unterstrichen. Er zeigt das Bild einer ruhigen, ausgeglichenen Preissituation. Dabei ist besonders bemerkenswert, daß Chemie und Gesamtindustrie im allgemeinen auf dem niedrigen Preisstand beharren, auf den das Preisniveau seit 1951 abgesunken war. Dieses Nachgeben des Preisspiegels tritt bei der chemischen Industrie stärker in Erscheinung als bei der Gesamtindustrie. Im ersten Fall ist ein Rückgang von 201 Punkten im Jahre 1951

auf 183 Punkte im Jahre 1954 (1938 = 100) zu verzeichnen; im zweiten Fall ist er nur von 221 Punkten (1951) auf 217 Punkte (1954) gefallen. Es ist eine strukturbedingte Eigentümlichkeit der Chemie, nicht nur in Deutschland, daß ihr Preisindex ohnehin um etwa 10 % unter dem der Gesamtindustrie liegt. In den ersten fünf Monaten dieses Jahres haben sich die Indexwerte in beiden Vergleichsfällen nur unerheblich verbessert. (Kb)

TEXTILINDUSTRIE:

Mengenkonjunktur zu gedrückten Preisen

Das Gesamtbild der deutschen Textilindustrie im Jahre 1954 und in der ersten Hälfte 1955 zeigt einen auffälligen Unterschied zu der steilen Aufwärtsbewegung, die die meisten anderen Industriezweige, besonders die Investitionsgüter- und die Grundstoffindustrien, im Zeichen der Hochkonjunktur genommen haben. Zwar konnte auch die Textilindustrie ein leichtes Ansteigen der Produktion verzeichnen, aber gemessen an dem allgemeinen konjunkturellen Bild ist dieser Anstieg doch nur als bescheiden anzusehen. Wenn die Textilindustrie der Bundesrepublik, die nach der Währungsreform zu den Schrittmachern der Konjunktur gehörte, in den letzten Jahren hinter der allgemeinen Aufwärtsentwicklung hinterherhinkt, so ist dies keine typisch deutsche Erscheinung, sondern das gleiche gilt, wie der Bericht des Textilkomitees der OEEC über die Situation der Textilindustrie im Jahre 1953/54 feststellt, für alle anderen europäischen Textilindustrien. Es scheint nicht zuletzt durch eingehende Marktforschung in den USA erwiesen zu sein, daß sich in Ländern mit höherem Lebensstandard von einem gewissen Stand an der Textilverbrauch auf einer gleichbleibenden Höhe hält und zumin-

dest nicht im gleichen Ausmaß ansteigt, wie dies die Steigerung der Einkommen erwarten lassen würde.

Lage und Entwicklung der Textilindustrie sind von weittragender Auswirkung auf die deutsche Volkswirtschaft insgesamt, denn sie ist die größte unter den Verbrauchsgüterindustrien und rangiert neben Maschinenbau und Chemie in der Spitzengruppe der Industrie der Bundesrepublik. Sie ist außerdem der größte Importeur auf dem gewerblichen Sektor und deshalb von entscheidender Bedeutung für die gesamte Handelspolitik, denn ihre Bezüge aus dem Ausland ermöglichen den Export von Gütern aus anderen Industriezweigen.

Die Beschäftigtenzahl in der Textilindustrie ist von 598 000 im Durchschnitt des Jahres 1953 auf 607 000 im Jahre 1954 gestiegen und weiter auf 617 000 im April 1955. Die Erhöhung von 1953 auf 1954 beträgt 1,8 %. In der gesamten Industrie wurden im Durchschnitt des Jahres 1954 5,3 % mehr Beschäftigte gezählt als 1953. Somit sind etwa 10 % der Industriearbeiter Westdeutschlands in der Textilindustrie beschäftigt, zusammen mit der Bekleidungsindustrie sind es etwa 850 000 Beschäftigte oder 14 % aller Industriearbeiter.



VEREINSBANK IN HAMBURG

AUSSENHANDELSBANK

ZENTRALE: HAMBURG 11, ALTER WALL 20-30, TELEFON 34 10 15
20 GESCHÄFTSBETRIEBE IN GROSS-HAMBURG, CUXHAVEN, KIEL

Die Produktion liegt zwar für 1954 um mehr als 50% über dem Stand von 1936, hat aber nur um rund 4% gegenüber 1953 zugenommen, während die Kurven anderer Industriezweige weit stärker anstiegen. Der Produktionsindex (1936 = 100) stieg in der Textilindustrie von 146 im Jahre 1953 über 152 im Jahre 1954 auf 153 im April 1955; in der gesamten Industrie aber lauten die entsprechenden Ziffern 158, 177 und 199, und in den Investitionsgüterindustrien gar 176, 208 und 252.

Der Absatz ist wertmäßig nur um 3,4% gestiegen, also etwas weniger als die Produktion. Da die Preistendenz immer noch leicht fallend ist, dürfte die Kurve des mengenmäßigen Absatzes mit derjenigen der Produktion etwa parallel verlaufen. Der Umsatz der Textilindustrie belief sich 1954 auf 12,2 Mrd. DM gegenüber 11,8 Mrd. im Vorjahr, während die deutsche Industrie insgesamt ihren Umsatz von 126 auf 140 Mrd. DM, also um 12% erhöhen konnte. Dabei beruht die Umsatzsteigerung der Textilindustrie überwiegend auf dem Auslandsabsatz, der um fast 22% gesteigert werden konnte gegenüber einer Erhöhung des Inlandsumsatzes von nur 2%.

Ein Vergleich der Zahlen über Beschäftigte und Umsatz in der Textilindustrie mit einigen anderen großen Industriezweigen ergibt folgendes Bild:

Industriezweig	Beschäftigte (in 1000)		
	Ø 1953	Ø 1954	Ø Apr. 55
Textilindustrie	597	607	617
Maschinenbau	586	625	693
Chemie (einschl. Chemiefaser)	322	343	363
Kohlenbergbau	566	565	573

Industriezweig	Umsatz (in Mrd. DM)		
	1953	1954	Apr. 55
Textilindustrie	11,8	12,2	0,99
Maschinenbau	10,5	11,9	1,16
Chemie (einschl. Chemiefaser)	10,9	12,3	1,14
Kohlenbergbau	5,9	6,2	0,54

Die eingetretenen Verschiebungen, die aus dieser Übersicht erkennbar sind, haben dazu geführt, daß der Anteil der Textilindustrie am Gesamtumsatz der Industrie von 12,2% im Jahre 1950 auf 8,7% im Jahre 1954, an den Beschäftigten von 10,9% im Jahre 1950 auf 10% im Jahre 1954 zurückgegangen ist.

Innerhalb der Textilindustrie hat sich die Umsatzkurve nicht einheitlich bewegt. Ein Vergleich der Jahre 1954 und 1951 läßt wert- wie auch

mengenmäßig eine Verschiebung zugunsten der Wirkerei und Strickerei sowie eine weniger günstige Entwicklung in den großen Gruppen der Baumwoll- und Woll-Weberei erkennen. Der in den letzten Jahren erfolgte weitere Ausbau der Flachstrumpfindustrie hat die Zahlen für Wirkerei und Strickerei günstig beeinflusst. Der Aufbau neuer Kapazitäten führte auch in einigen anderen Zweigen wie z. B. in der Gardinstoffindustrie und der Teppichindustrie zu Umsatzsteigerungen, wobei sich gerade auf diesen Gebieten auch die günstige Baukonjunktur auswirkte.

Der Großteil der textilen Produktion dient der Bekleidung. Nach der Errechnung des Statistischen Bundesamtes ist der Anteil des privaten Verbrauchs an Bekleidung von 11,461 Mrd. DM im Jahre 1953 auf 11,875 Mrd. DM im Jahre 1954 gestiegen, also um 3,6%. Die Ausgaben für Bekleidung in den von der amtlichen Statistik beobachteten Vier-Personen-Arbeitnehmer-Haushaltungen erhöhten sich von 1952 auf 1953 um 5,5% und verminderten sich von 1953 auf 1954 um 1%.

Die Textilindustrie steht im Zeichen einer Mengenkonjunktur zu gedrückten Preisen, die für eine Reihe von Artikeln unauskömmlich geworden sind und vielfach keinen ausreichenden Ertrag ermöglichen. Diese Situation wird illustriert durch die Feststellung, daß von 716 Zahlungseinstellungen des Jahres 1954 allein 158 Verfahren oder 22,1% auf das Textil- und Bekleidungs-gewerbe entfallen. Die Tatsache, daß eine Verbesserung des Preisniveaus von außen, also im Rahmen des Verkaufs, ebenso schwierig ist wie eine Erhöhung des Absatzes, zwingt immer stärker dazu, durch innerbetriebliche Maßnahmen eine Besserung der Wirtschaftlichkeit zu erstreben. Die Rationalisierung in den Betrieben, unterstützt durch eine verstärkte textile Forschung, vor allem Maßnahmen zur Steigerung der Produktivität, alle diese Probleme werden in zunehmendem Maße zu einer Lebensfrage für die Textilindustrie.

Der Textilexport hat rund 1,4 Mrd. DM im Jahr erreicht, das sind etwa 12% des gesamten Umsatzes der Textilindustrie, aber der

Anteil am gesamten deutschen Export macht heute nur noch 7% aus. Als Ausgleich für den relativ kleinen Inlandsmarkt wie aber auch als Konjunkturpuffer braucht die deutsche Textilindustrie einen größeren Anteil am Export als bisher. Die Textilindustrie Westdeutschlands ist in den inländischen Wettbewerb am stärksten hineingestellt, auf den Auslandsmärkten befindet sie sich in einer gleichen, wenn nicht noch schwierigeren Situation. Obwohl die Investitionen bei weitem noch nicht ausreichen, um eine vollmodernisierte und rationalisierte Textilindustrie aufzubauen, hat die Textilindustrie doch ungeachtet der Kriegseinbußen wieder den Anschluß an das europäische Niveau erreicht und in vielen Branchen überschritten. Deutsche Textilerzeugnisse sind allenthalben im Ausland wieder stark begehrt und können mit den Produkten anderer Staaten voll konkurrieren. Das zeigt die Steigerung des Auslandsabsatzes, der sich auch im ersten Halbjahr des Jahres 1955 befriedigend entwickelte und zwischen 120 und 150 Mill. pro Monat schwankt.

In jüngster Zeit ist wiederholt von einer Wendung dieser nun seit langem anhaltenden unbefriedigenden Situation, in der sich die Textilindustrie im Nachtrab der Konjunktur befindet, zugunsten der Verbrauchsgüterindustrien die Rede gewesen. Im Mai 1955 stieg der Verbrauchsgüterindex um 10% auf 166, dabei stand im Vordergrund die Textilindustrie mit 13% Zunahme, während die Investitionsgüterindustrie einen leichten Rückgang zu verzeichnen hatte. Es bleibt abzuwarten, ob es sich bei dieser Besserung über eine saisonale Sommerbrise hinaus um einen grundlegenden Umschwung handelt, der es der Textilindustrie ermöglicht, aus der Flaute herauszukommen und wieder Anschluß an das Gros der anderen Industriezweige zu finden. Eine Auftriebstendenz liegt vor allem in der stetigen Zunahme der Beschäftigten in der gesamten Wirtschaft und in der Einkommenssteigerung begründet, bisher aber hat sich die gesteigerte Kaufkraft weniger den Textilien als langlebigen Konsumgütern zugewendet. (St.)

BAUINDUSTRIE:

Preiskonkurrenz behindert Rationalisierung

Während die Produktion der Verbrauchsgüter- und der Investitionsgüterindustrie bereits in den Jahren 1949/50 einen außergewöhnlichen Aufschwung nahm, wurde die Bauindustrie erst verhältnismäßig spät in diesen Prozeß der allgemeinen Aufwärtsbewegung einbezogen. Erst im Jahre 1951 konnte sie etwa den Produktionsstand der Verbrauchsgüterindustrie erreichen, 1952 mit der Investitionsgüterindustrie gleichziehen und schließlich 1953 einen Produktionszuwachs erreichen, der den Beginn einer Mengenkonjunktur einleitete. Obgleich dieses stürmische Wachstum 1954 nicht anhielt, war doch ein Bauvolumen erreicht, das die Frage akut werden ließ, ob die Bauwirtschaft in der Lage sein würde, einen weiteren künftigen Auftragszuwachs, wie er etwa aus einer Aktivierung des völlig ins Hintertreffen geratenen Straßenbaus oder der Inangriffnahme von Rüstungsbauten hervorgehen könnte, zu bewältigen. Mit dem wachsenden Bauvolumen tauchte die Frage nach den Grenzen der bauwirtschaftlichen Kapazität auf.

Das ist nicht eine Frage der Firmenzahl oder der Leistungsfähigkeit der Firmen als solcher. Im Gegenteil: bezüglich der Firmenzahl ist die Bauwirtschaft, nicht zuletzt infolge des Einströmens mittel- und ostdeutscher Firmen und infolge zahlreicher Neugründungen, durchaus übersetzt, und die Leistungsfähigkeit der einzelnen Firmen ist durch die bisherigen (wenn auch nicht ausreichenden) Rationalisierungsmaßnahmen zweifellos gestiegen. Das Problem liegt vielmehr bei der begrenzten Zahl der Arbeitskräfte, und die Sorgen bezüglich der Kapazität beruhen auf der immer angespannter werdenden Lage des Arbeitsmarktes, die insbesondere dann bedenklich werden kann, wenn die neue Wehrmacht hier in Erscheinung tritt. Unter den Bauarbeitern befindet sich ein erheblicher Prozentsatz junger, kräftiger und gesunder Leute, so daß Rekrutierungen gerade hier von großer Bedeutung sein können. Die hier drohenden Gefahren

können abgewehrt werden, wenn es gelingt, durch verstärkte Rationalisierung zu einer Produktivitätserhöhung zu kommen. Diese ist aber nicht nur für die Erhöhung der Ergiebigkeit der menschlichen Arbeitskraft bzw. ihre Ersetzung durch Mechanisierung von Bedeutung, sondern auch aus einem anderen, nicht minder wichtigen Grund, nämlich im Hinblick auf die Senkung der Produktionskosten.

Die verstärkte Technisierung und Modernisierung ist zwar nicht das einzige Mittel zur Rationalisierung, aber doch auf der Unternehmenseite das wichtigste. (Da Planung und Entwurfsbearbeitung, die Bestimmung von Zeit, Art und Ort der Herstellung, beim Auftraggeber liegen, wirkt sich dessen Verhalten auf die Produktivität der Bauproduktion weit stärker aus, als das in anderen Industrien, die ihr Fertigungsprogramm selbst bestimmen, der Fall ist.) Für den Unternehmer

ist also die Produktivitätssteigerung vorwiegend eine Frage der Investition und damit eine Frage der Finanzierung. Sie läßt sich — sei es als Eigen- oder als Fremdfinanzierung — nur durchführen, wenn ausreichende Umsätze und Preise dies gestatten; eine wohl überall als selbstverständlich angesehene Tatsache, die aber vom Bauauftraggeber, der zu fast 75% von der öffentlichen Hand dargestellt wird, noch nicht genügend erkannt worden ist.

Man sollte trotzdem annehmen, daß die „Mengenkonjunktur“ es der Bauindustrie nach marktwirtschaftlichen Regeln ermöglicht hätte, ein Preisniveau zu erreichen, das sowohl ausreichende Abschreibungen wie auch ausreichende Erträge für zusätzliche Investitionen gewährleistet. Man hat aus der immerhin beachtlichen Dividendenhöhe der Bauaktiengesellschaften auf eine günstige Ertragslage schließen wollen. Bei allen Vorbehalten gegenüber dem Aussagewert der Dividenden in dieser Be-



**LEIPZIGER
HERBSTMESSE
1955**

4.-9. September

Auskunft erteilt die zuständige Industrie-
u. Handelskammer bzw. Handwerkskammer

LEIPZIGER MESSEAMT POSTFACH 529

ziehung wird aber hierdurch schlagartig der wirkliche Zustand beleuchtet, wenn man das Verhältnis des Eigenkapitals zum Umsatz betrachtet. Um eine angemessene Verzinsung des Eigenkapitals zu erwirtschaften, mußte es nämlich 10-, 15-, ja 20mal umgeschlagen werden. Auf den Umsatz berechnet macht die Dividende in allen Fällen weniger als 1%, häufig weniger als $\frac{1}{2}$ % aus. Die maschinelle Ausrüstung muß aber dem Umsatz entsprechen. Der Ertrag muß zur Finanzierung einer Investitionsrate ausreichen, die das Höchstmaß an Rationalisierung für eine Bauleistung ausmacht, die das 20fache des Eigenkapitals beträgt.

Aber nicht nur das: der Bauunternehmer kann sein Produktionsprogramm, wie gesagt, nicht nach eigenen Dispositionen gestalten. Es hängt von den öffentlichen Bauprogrammen ab. Diese aber leiden unter einer mangelnden Einsicht der Auftraggeber in die betriebswirtschaftlichen Notwendigkeiten der Unternehmungen; sie entbehren der Kontinuität, sowohl nach der Art der einzelnen Aufträge wie nach dem zeitlichen Ablauf: Eine auf wenige Monate zusammengeballte Beschäftigungsspitze, eine Stoßkonjunktur, wechselt mit langen Stilliegezeiten und starker Arbeitslosigkeit. Das erfordert eine für alle möglichen Auftragsarten geeignete, die Spezialisierung verhindernde und zudem für den zeitweiligen Spitzenbedarf berechnete Ausstattung mit Geräten und Maschinen bei jeder Firma. Diese Kapazitätswengen einer zu großen Zahl von Betrieben drängen nach Beschäftigung und zwingen zu einem übermäßig scharfen Wettbewerb. Dieser Wettbewerb ist aber zu einem reinen Preiswettbewerb herabgesunken. Der Grund hierfür liegt zunächst in der fehlenden Transparenz des Marktes, da kein Unternehmer weiß, wer jeweils mit ihm anbietet, wie die Preisgestaltung der Konkurrenz und wie deren Leistung aussehen werden. Die Auftraggeberseite, im wesentlichen also die öffentliche Hand, hat geglaubt, ihrer Pflicht zur sparsamen Wirtschaftsführung dadurch zu entsprechen, daß sie unter Ausnutzung dieser Situation grund-

sätzlich dem billigsten Bieter den Zuschlag erteilte. Auf jeden Fall mußte der Unternehmer damit rechnen, nicht zum Zuge zu kommen, wenn er nicht „der Billigste“ war. Um aber dieses Ziel zu erreichen, mußte er die Kalkulation dort nach unten korrigieren, wo nicht effektive Selbstkosten daran hinderten. Das geschah einmal durch Außerachtlassung der erheblichen in der Ausführung liegenden Risiken und ferner gerade dort, wo es im Interesse der Produktivitätssteigerung am wenigsten erwünscht sein kann: bei Abschreibungen und Gewinn.

Diese Entwicklung spiegelt sich klar in der Tatsache wider, daß die Kostensteigerungen bei Löhnen, Materialien usw. seit 1950 nur zu einem Bruchteil in den Baupreis übergegangen sind. Das mag im Grunde erfreulich scheinen. Es wäre auch gut, wenn damit nicht der Weg zu den jetzt immer dringender werdenden Rationalisierungen und

Produktivitätssteigerungen verbaut würde. Diese Vergabe- und Preispolitik hat dazu geführt, daß den neuerlichen Erhöhungen bei den Löhnen, Stoffpreisen und Transportkosten keine entsprechende Produktivitätserhöhung entgegengesetzt werden kann. Sollen sie aufgefangen werden, so können sie nur aus der Substanz bezahlt werden, wenn nicht durch eine wirtschaftsgerechte Preisgestaltung seitens der Auftragnehmer wie der Auftraggeber alles getan wird, um zu betriebswirtschaftlich gerechtfertigten Preisen zu kommen, die insbesondere ausreichende Investitionsraten gewährleisten.

Die ganze konjunkturpolitische Situation der Bauindustrie hängt davon ab, ob es gelingt, das Bestreben, möglichst „billig“ zu bauen, mit den investitionsmäßigen Voraussetzungen für eine Produktivitätssteigerung in Einklang zu bringen. (Br.)

GESAMTKONJUNKTUR überdeckt Rückschläge

Der Aufschwung der westdeutschen Wirtschaft hat seit der Währungsreform bis jetzt angehalten; er war bis etwa 1951 sehr kräftig, ließ jedoch in den folgenden Jahren an Intensität nach. Insgesamt blieb aber das Wachstum erstaunlich stetig. In keinem Jahr zeigte sich in den der Konjunkturbeobachtung zur Verfügung stehenden globalen Reihen ein Rückschlag. Und doch trägt dieses globale Bild. Nicht nur, daß nicht sämtliche Bereiche der Wirtschaft gleichmäßig wuchsen — was selbstverständlich nie sein kann, da strukturelle Gegebenheiten und dynamische Kräfte ein unterschiedliches Wachstum der einzelnen Bereiche zur Folge haben —, sondern es gab auch in manchen Jahren auf Teilgebieten der Wirtschaft Rückschläge. Sie wurden aber durch stärkeres Wachstum anderer Bereiche überkompensiert.

Die Wertschöpfung der Industrie nahm von 1951 bis 1954 um rd. 24% zu. Sie stellt seit 1951 einen jährlich fast gleichbleibenden Anteil von rd. 45% des Volkseinkommens dar. Das Wachstum der industriellen Wertschöpfung entsprach also seit dieser Zeit dem der Gesamt-

wirtschaft, während der Wertschöpfungsanteil der Industrie 1949 und 1950 niedriger lag (39% bzw. 41%), die Industrie also überdurchschnittlich gewachsen war.

Waren von der Währungsreform bis Ende 1950 Verbrauch und Investition — gemessen an den entsprechenden Produktionsindices der Industrie — gleichmäßig gewachsen, so begann diese gleichlaufende Entwicklung ab 1951 auseinanderzustreben. Seit dieser Zeit steht die Industrie im Zeichen einer Investitionskonjunktur. Die Reaktion auf die Korea-Hausse hat die Konjunktur der Investitionsgüterindustrie, die insbesondere seit 1950 auch durch den wachsenden Export gestützt wurde, nie richtig unterbrochen. Erst ein Jahr später — 1953 — hatte u. a. auch die Verbrauchsgüterflaute des Jahres 1952 in der Investitionsgüterindustrie ein starkes Zusammendrücken der Wachstumsraten von Auftragseingängen, Produktion und Umsätzen zur Folge.

Zum Teil schlugen sich in der Investitionsgüterindustrie in diesem Jahr auch die Auswirkungen der flauen Entwicklung in der chemischen Industrie nieder.

Dort waren ebenso wie in der Textilindustrie Auftragseingänge und Umsätze gegenüber dem Vorjahr rückläufig. Die Chemie bekam in diesem Jahr die Reaktion auf die Korea-Hausse nicht nur aus dem Inland, sondern auch aus dem Ausland zu spüren: Der Export, der 1950 und vor allem 1951 stark gestiegen war, erlitt einen empfindlichen Rückschlag (— 16 %). Die Chemie hat aber diesen vorübergehenden Rückgang schnell aufgeholt. Da sie Zulieferant für weite Bereiche der Wirtschaft ist, mußte sie von der guten Gesamtkonjunktur profitieren. Ihr Produktionsausstoß wuchs daher von 1951 bis 1954 insgesamt weit stärker (+ 40 %) als der der Gesamtindustrie (+ 30 %).

Für das Wachstum der Textilindustrie sind wieder ganz andere Bestimmungsgründe maßgebend. Es muß sich — längerfristig betrachtet — etwa der Entwicklung der Masseneinkommen anpassen. Die Textilindustrie hat zwar den Rückschlag von 1952 im nächsten Jahr mehr als aufgeholt, wuchs aber in den folgenden Jahren nur langsam. Die zum Konsum verfügbaren Einkommen stiegen zwar stärker an, doch wirkte sich in der Textilindustrie in den beiden letzten Jahren nicht nur die zunehmende Befriedigung des Nachholbedarfs, sondern auch eine kräftige Verlagerung der Nachfrage auf längerlebige Gebrauchsgegenstände nachteilig aus. Der Produktionszuwachs der Textilindustrie (1954 gegenüber 1951 + 16 %) liegt

daher weit unter der Produktionssteigerung der Gesamtindustrie.

Den stetigen Aufwärtstrend in der Entwicklung von Produktion, Aufträgen, Umsätzen und Beschäftigung zeigen somit die Investitionsgüterindustrie (Produktion 1954 gegen 1951 + 36 %) und die Bauwirtschaft (+ 44 %). Der Wiederaufbau von zerstörten Produktions- und Wohnstätten sowie die durch den Zustrom von Flüchtlingen notwendig gewordene Erstellung von neuem Wohnraum haben das Baugewerbe seit 1945 vor gewaltige Aufgaben gestellt, die mit Hilfe von staatlichen Finanzierungen und starker Rationalisierung der Bauproduktion bewältigt wurden. Der Höhepunkt in der Zunahme des Wohnungsbaus dürfte erreicht sein, dafür wird aber der Tiefbau stärker zum Zuge kommen.


Die Entwicklung der eisenschaffenden Industrie stand wiederum unter ganz anderen Bedingungen. Kriegszerstörungen und Demontagen hatten die Kapazitäten stark reduziert, so daß bis etwa Mitte 1952 der Walzstahlbedarf der aufstrebenden eisenverarbeitenden Industrie nicht befriedigt werden konnte. Die Investitionsgüterindustrie deckte sich damals zunehmend mit ausländischem Walzstahl ein. Die bereits erwähnte Abschwächung in der Entwicklung der Investitionsgüterindustrie im Jahre 1953 hatte bei inzwischen kräftig gestiegenen Walzstahlvorräten der Eisenverarbeiter nun zur Folge, daß die Nachfrage nach Stahl stärker abfiel, als es dem tatsäch-

lichen Verarbeitungsbedarf entsprochen hätte. Die Stahlproduktion mußte zurückgenommen werden. Der steigende Trend in der Entwicklung der Schwerindustrie war unterbrochen. Die weiterlaufende und sich noch verstärkende Investitionskonjunktur brachte jedoch 1954 und 1955 wieder einen Nachfrageboom nach Walzstahl. Die Folge: Nun reichten wiederum die Kapazitäten der eisenschaffenden Industrie nicht aus, um die Nachfrage voll abzudecken. Insgesamt gesehen liegt die Wachstumsrate der Stahlproduktion 1954 gegenüber 1951 mit rund 24 % unter dem Durchschnitt der Gesamtindustrie.

In der eisenschaffenden Industrie, der Investitionsgüterindustrie, der Bauwirtschaft und der Chemie wird für das Ausmaß des weiteren Anstiegs der Produktion für die nächsten Monate weniger die Nachfrage bestimmend sein. Sie wird voraussichtlich weiter steigen, wobei sich diese Bereiche außerdem auf zum Teil beträchtliche Auftragsbestände stützen können. Vielmehr wird das Wachstumstempo von den gegebenen Produktionsmöglichkeiten (Kapazitäten, Facharbeiter) bestimmt werden, die den Anstieg dämpfen dürften. Die Entwicklung der Textilindustrie, deren Produktion noch elastischer ist, wird dagegen weitgehend von der auftretenden Nachfrage abhängen. Die Produktion dürfte daher bis Jahresende — konjunkturell gesehen — etwas stärker steigen als bisher, wird aber keinesfalls die Zuwachsraten der anderen Bereiche aufweisen. (E.W.)

DAS DEUTSCHE BRANCHEN-FERNSPRECHBUCH

FÜR DIE BUNDESREPUBLIK UND BERLIN WEST



22. Ausgabe - Das vollständige Adressenverzeichnis aller Gewerbetreibenden, die an das Fernsprechnetzz angeschloßen sind - Die Adressen gleicher Branchen stehen übersichtlich zusammen - Bearbeitet nach den amtlichen Unterlagen der Bundespost - Anerkannt vom Adreßbuch-Ausschuß der Deutschen Wirtschaft

I
II
III
IV

DEUTSCHER ADREßBUCH-VERLAG FÜR WIRTSCHAFTSVERKEHR GMBH DARMSTADT